

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Dietrich Sperling MdB weist auf eine „merkwürdige“ Differenz beim Gebrauch des „Heimat“-Begriffs innerhalb der Regierungskoalition hin: Mobilität und Heimat.

Seite 1

Renate Schmidt MdB erinnert an den 100. Geburtstag von Louise Schroeder: Sie war die prominenteste deutsche Frau.

Seite 2

Florian Gerster MdB wendet sich gegen den Fetisch einer exakten Personalstärke deutscher und alliierter Streitkräfte: Gemeinsame Sicherheit erfordert alliierte Präsenz.

Seite 3

Robert Leidinger MdB vermisst eine akzeptable Lösung des Problems der verstrahlten Molke: Dauerbrenner „Strahlenmolke“.

Seite 4

Dr. Wilhelm Bruns warnt vor überzogener Verifikationsforderung in Genf: Kontrolle muß sein, darf aber nicht als Vorwand mißbraucht werden.

Seite 5

42. Jahrgang / 64

2. April 1987

Mobilität und Heimat

Möllemann und die Regierungserklärung

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung der „Heimat“ und der Bedeutung der örtlichen Gemeinschaft für „Geborgenheit“ und „menschliches Gesicht“ „unseres Landes“ viele Worte gewidmet.

Dagegen ist im Prinzip nichts zu sagen - nur, es sind Worte, und die Taten der Regierung sind andere.

Der gerade ins Amt gekommene Bildungsminister Möllemann hat genau eine Woche später lauthals beklagt, daß junge Leute zu wenig mobil sind und erwarten, einen Ausbildungsplatz in der Gegend zu finden, in der sie wohnen - ihre Heimat haben.

Möllemann fordert, daß junge Menschen dahin ziehen, wo Unternehmen es gefällt, Ausbildungsplätze anzubieten. Er fordert, daß junge Arbeitnehmer sich völlig an den Interessen der Wirtschaft ausrichten. Er fordert nicht, daß Unternehmen Ausbildungsplätze da anbieten, wo Bedarf und Nachfrage besteht. Mit diesem billigen Wegschieben von Verantwortlichkeiten - nicht die sind schuld, die politisch Verantwortung tragen, sondern die, die keinen Ausbildungsplatz finden - versucht er die negative Bilanz der Berufsbildungspolitik der Regierung, der er angehört, zu übertünchen.

Der von Franz-Josef Strauß so genannte „Riesenstaatsmann Mümmelmann“ scheint die Regierungserklärung seines Kanzlers nicht gelesen zu haben. Möllemann vertritt Lambsdorff'sche Ideologie und die Unterordnung derjenigen, die Arbeit und Ausbildung suchen, unter scheinbare betriebliche Erfordernisse.

Kanzler Kohl erzählt derweil von der Bedeutung der heimatischen Verankerung und davon, daß ihr unfreiwilliger Verlust durch erzwungene Mobilität das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft gefährden.

Das soll einer verstehen!

(-/2.4.1987/st/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Produziert von 2012
mit wertvollen Rohstoffen
Kreuzung-Papier



Sie war die prominenteste deutsche Frau

Zum 100. Geburtstag von Louise Schroeder

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung der Frau

Am 2. April wäre Louise Schroeder 100 Jahre alt geworden. Als Tochter eines Sozialdemokraten und Gewerkschaftlers begann sie bereits 1910 mit ihrer politischen Arbeit. Sie war eine der ersten Kandidatinnen der SPD für die Nationalversammlung als 1918 in Deutschland das Frauenstimmrecht eingeführt wurde.

Am 19. Januar 1919 gelang es ihr, die mit Ausdauer und Zähigkeit gekämpft hatte, das Ziel zu erreichen. Sie gründete gemeinsam mit Marie Juchacz die Arbeiterwohlfahrt und setzte sich als Abgeordnete vor allem für die Rechte von Müttern und deren unehelichen Kinder ein. Ihr energischer Kampf für die allgemeine Mutterschaftshilfe trug letztendlich 1927 Früchte. Auch um das Jugendwohlfahrtsgesetz erwarb sie sich große Verdienste. Erich Ollenhauer nannte Louise Schroeder treffend „eine Frau, die mutig an der heißen Front der Sozialpolitik stand“. Bis 1933 war sie Mitglied des Reichstages.

Auch Louise Schroeder wurde vom Nationalsozialismus nicht verschont. Ihrer Ämter enthoben, unter Polizeischutz gestellt und ohne jegliche Unterstützung, versuchte sie sich mit einem Brotladen durchzubringen. Dieser wurde jedoch boykottiert, und sie mußte schließen.

Das Kriegsende 1945 und die Übersiedlung nach Berlin brachten für sie dann bessere Zeiten. Sie wurde sofort in den Vorstand der Berliner SPD gewählt. Im Dezember 1946 wurde sie Bürgermeisterin, im Mai 1947 stellvertretende Oberbürgermeisterin der Stadt Berlin. Während der Blockade Berlins wurde sie - wie sie es selbst nannte „in den Vordergrund gedrängt“ - die Alliierten übertragen ihr die alleinige Verantwortung. Aus einem Brief von ihr an den Chefredakteur des Münchner „Echo der Woche“ vom September 1949, der sich mit anderen stark für ihre Kandidatur zum Bundespräsidenten eingesetzt hatte, wird deutlich, was ihr Anliegen war: „Es ist seit Jahrzehnten meine feste Überzeugung, daß Männer und Frauen in allen öffentlichen Instanzen gemeinsam arbeiten müssen, und ich kann allen denjenigen, denen ich herzlich für ihr Eintreten für mich als Bundespräsidenten danke, nur sagen: Laßt uns gemeinsam weiterarbeiten für unser deutsches Volk, dann werden auch die Frauen die Stellung im öffentlichen Leben erringen, die ihnen zukommt.“ Sie kandidierte nicht und zog statt dessen in den Deutschen Bundestag ein. Diese Stellung hatte sie bis zu ihrem Tode am 4. Juni 1957 inne.

Ehrungen wurden ihr zuteil, indem die Stadt Paris ihr 1949 eine Plakette verlieh und 1952 erhielt sie das Große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland. Die Stadt Berlin ernannte sie im April 1957 zur Ehrenbürgerin. Louise Schroeder war laut Umfragen damals die prominenteste deutsche Frau. Die Berliner drückten diese Liebe zu ihr wohl am markantesten aus mit dem Lied: Wir bleiben bei Louise, denn keine ist wie diese. (-/2.4.1987/vo-he/st)

* * *

Gemeinsame Sicherheit erfordert alliierte Präsenz

Personalstärke der Bundeswehr muß zurückgefahren werden

Von Florian Gerster MdB

Neben dem Vorschlag, die militärische Integration der Bundesrepublik in der NATO zu überdenken, gibt es Befürworter eines baldigen Abzugs der amerikanischen und anderer alliierter Truppen aus der Bundesrepublik. Auch die Alternative einer westeuropäischen Verteidigung durch eine intensivierte Zusammenarbeit von Frankreich und der Bundesrepublik auf dem Festland als Alternative zur Atlantischen Allianz findet zunehmend Sympathisanten.

Das sozialdemokratische Konzept der Weiterentwicklung der atomaren Abschreckung zu „gemeinsamer Sicherheit“ setzt das Weiterbestehen der Bündnissysteme in West und Ost auf mittlere Sicht voraus. Die Forderung nach „konventioneller Nichtangriffsfähigkeit“ in Ost und West gewinnt an Bedeutung vor dem Hintergrund der Forderung nach baldiger Verwirklichung eines atomwaffenfreien Korridors und einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Konventionelle Nichtangriffsfähigkeit ist nicht nur eine Frage von Rüstungsstruktur und Strategie, sondern auch Ergebnis eines annähernden konventionellen Gleichgewichts. Hier muß ohne Zweifel der Warschauer Pakt mehr zur Abrüstung beitragen, damit die NATO auf den möglichen Ersteinsatz atomarer Waffen als Ausgleich für ihre konventionelle Unterlegenheit in Europa in ihrer Strategie verzichten kann.

Unter sozialdemokratischen Sicherheitspolitikern ist unumstritten, daß die Personalstärke der Bundeswehr in den nächsten Jahren zurückgefahren werden muß. Ein Absinken auf etwa 400.000 Soldaten ist angesichts der schwachen Jahrgänge und der gewünschten Beibehaltung der Wehrpflichtdauer von 15 Monaten unvermeidlich. Im Rahmen vereinbarter Truppenreduzierungen in Europa kann dann sicherlich auch die Stärke amerikanischer Truppen auf deutschem Boden in ähnlichem Verhältnis reduziert werden.

Wichtiger als der Fetisch einer exakten Personalstärke deutscher und alliierter Streitkräfte ist die Beibehaltung des Prinzips, daß die Verteidigung an der Grenze zwischen Warschauer Pakt und NATO in Europa auf westlicher Seite von Anfang an durch die Truppen der Bündnispartner gemeinsam gewährleistet wird. Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland muß gleichbedeutend sein mit der Sicherheit für das westliche Bündnis.

Daher ist auch eine Auseinandersetzung zwischen deutschen Sozialdemokraten und der britischen Labour-Party zu befürworten, die in ihren weitreichenden sicherheitspolitischen Reformüberlegungen die alliierte Vorverteidigung in Westeuropa in Frage gestellt hat. (-/2.4.1987/va-he/st)

* * *



Dauerbrenner „Strahlenmolke“**Fragen an Wallmanns Glaubwürdigkeit**

Von Robert Leidinger MdB

Die Antworten der Bundesregierung auf drei schriftliche Anfragen zum Thema des in Bundeswehreinrichtungen in Meppen und Feldkirchen bei Straubing eingelagerten verstrahlten Molkepulvers sind recht vage und schwammig ausgefallen. Wissen wollte ich, ob die versprochene Entsorgung innerhalb von drei Monaten sichergestellt sei, welche Kosten durch die Übernahme der Bundesregierung entstehen würden und welche Lösungsmodelle das Bundesumweltministerium bisher erarbeitet hat.

Die nun eingegangene Antwort des Bundesumweltministers kann ich leider nicht anders als enttäuschend qualifizieren. Im Hinblick auf die Verweildauer der Strahlenmolke in Bundeswehreinrichtungen spricht der Minister nur von einer möglichen Verweildauer von zwölf Wochen. Diese Antwort deutet jedoch auf einen wesentlich längeren Verbleib hin. Bei den Kosten, die auf die Steuerzahler zukommen würden, legt sich der Umweltminister überhaupt nicht fest. Er erklärt diese als abhängig von der Lagerzeit und der Entscheidung über die spätere Entsorgung beziehungsweise Vernichtung. Ähnlich nichtssagend sind die Aussagen des Ministeriums zur weiteren Behandlung der Strahlenmolke. Hier wird nur von Prüfung der bestgeeigneten Lösungsmodelle gesprochen.

Mit derartigen Antworten darf sich niemand zufrieden geben. Daher habe ich nachgefaßt und die Bundesregierung in vier konkreten Fragen aufgefordert, Roß und Reiter zu nennen und klare Aussagen zu machen. Vor allem will ich wissen, ob der zugesagte Zeitrahmen von zwölf Wochen bindend eingehalten wird, welche Kosten durch die Übernahme der verstrahlten Molke entstanden sind, mit welchen Gesamtkosten gerechnet wird, welche Kosten durch die zivile Bewachung der 92 Molkewaggons in Feldkirchen bei Straubing täglich entstehen und wie die Gesamtkosten aus Haushaltsmitteln des Bundes finanziert werden.

Die Bevölkerung der betroffenen Gebiete hat ein Anrecht, endlich zu erfahren, was die Bundesregierung tatsächlich mit der Strahlenmolke vorhat. Wer unnachgiebig am weiteren Ausbau der Kernkraft festhält, den Einstig in die Plutoniumwirtschaft fortsetzt, am Schnellen Brüter in Kalkar und an der WAA in Wackersdorf festhält, aber nicht einmal in der Lage ist, die radioaktiv belastete Molke schnell und sicher zu entsorgen, macht sich unglaubwürdig.

(-/2.4.1987/vo-he/st)



Kontrolle muß sein, darf aber nicht als Vorwand mißbraucht werden

Das Problem der Überwachung einer Null-Lösung bei den nuklearen Mittelstreckensystemen in Europa

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Als der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, am 28. Februar 1987 erklärte, die Sowjetunion sei bereit, die Null-Lösung bei den nuklearen Mittelstreckensystemen (INF) in Europa unabhängig von der Frage einer Vereinbarung über die Weltraumwaffen und die strategischen Systeme zu verhandeln und zu verwirklichen, schien ein solches Abkommen in greifbare Nähe gerückt. Inzwischen sind die Kommentare jedoch zurückhaltender geworden, denn zwei Probleme scheinen die Verhandlungen zu blockieren beziehungsweise zu erschweren: die Frage der Behandlung von Systemen mit einer Reichweite von weniger als 1.000 Kilometern und die Frage der Überwachung beziehungsweise Verifikation der Null-Lösung in Europa. Das Verifikationsproblem soll hier analysiert werden. Welches ist die amerikanische Position? Welches ist die sowjetische Position? Welche kooperative Lösung wäre denkbar?

Als die USA am 4. März 1987 einen Vertragsentwurf bei den INF-Verhandlungen in Genf vorlegten, waren die Verifikationsregeln zur Überwachung noch nicht enthalten. Sie sollten zunächst mit den europäischen Verbündeten abgesprochen werden, da diese - vor allem die Stationierungsländer - von ihnen direkt betroffen wären. Am 13. März 1987 gab der Sprecher des State Department, Charles Redmann, eine Erklärung ab, in der er die von den USA inzwischen nachgereichten Verifikationsregeln erläuterte. Diese bestehen aus sechs Grundelementen: 1. Vorschriften für den ungestörten Einsatz sogenannter nationaler technischer Mittel, vor allem Satelliten. 2. Festlegung von Gebieten, wo die verbliebenen und erlaubten restlichen 100 Sprengköpfe je Seite außerhalb Europas disloziert werden dürfen. 3. Umfassender gegenseitiger Datenaustausch über die erlaubten Systeme. 4. Gegenseitige Aktualisierung dieser Daten. 5. Besondere Verfahrensweisen für Zerstörung, Abbau und Umwandlung weitreichender Mittelstreckensysteme, eingeschlossen Vor-Ort-Kontrollen. 6. Überprüfung am Ort, wenn der Vertrag inkraft tritt, später zur Überwachung seiner Einhaltung. Redmann erläuterte ferner, daß Inspektoren beider Seiten zunächst die Stationierungsorte aufsuchen sollten, um die Anzahl der vorhandenen Systeme festzustellen, in einer zweiten Phase sollten die Inspektoren den Abbau dieser Systeme überwachen, und in einer dritten schließlich sollten sie die verbliebenen Systeme außerhalb Europas überwachen. Außerdem hielten die USA eine ständige Präsenz von Kontrolleuren für notwendig und zwar in „kritischen“ Einrichtungen für die Herstellung, Endmontage, Reparatur und Lagerung von Systemen, die der Vertrag begrenzt. Kurzfristige Kontrollen an anderen festgelegten Einrichtungen sollten darüber hinaus möglich sein. Wie der Leiter der amerikanischen Behörde für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Kenneth Adelman, später ergänzte, sei an mindestens 100 Inspektoren je Seite gedacht.

Die Sowjetunion hat bis jetzt - soweit bekannt - dem amerikanischen Überwachungsvorschlag nicht widersprochen. Allerdings warnte die „Prawda“ davor, die entstandene Bewegung in Genf durch übersteigerte Detail- und Inspektionsforderungen zu zerstören. Sowohl der stellvertretende Leiter der sowjetischen Delegation in Genf, Obuchow, als auch Generalstabschef Achromejew stimmten dem Prinzip der Vor-Ort-Inspektionen zu. Dabei bezogen sie sich jedoch vor allem auf die Überwachung des Abbaus der vorhandenen Systeme. Vor-Ort-Inspektionen in den Produktionsstätten der Raketen haben die Sowjets bislang nicht zugestimmt. Bedingung einer Inspektion des Abbaus der SS-20 sei, daß auch der Abbau der Pershing II und der Marschflugkörper in Westeuropa von den Sowjets vor Ort überprüft werden könne.

Wie sind nun diese Positionen zu bewerten, und welche Lösungen wären denkbar? - Zunächst ist festzuhalten: ein Überwachungs- beziehungsweise Verifikationsregime dient in erster Linie der Verhinderung von militärisch bedeutsamen Vertragsverletzungen. Es kann aber auch dazu benutzt werden, eine Vertragsvereinbarung zu verhindern, die gar nicht gewollt ist, ohne vor der Öffentlichkeit



die Schuld dafür auf sich nehmen zu müssen. Dies kann geschehen, indem man die Verifikationsanforderungen unakzeptabel hochschraubt. Der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Schlesinger hat vor kurzem während einer Kongreßanhörung zum Thema nuklearer Teststop geäußert: Amerikanische Administratoren hätten die Verifikationsfrage oft benutzt, um ein Teststopabkommen zu verhindern. Auch er selbst habe dies seinerzeit so praktiziert. Dies darf mit einem Mittelstreckenabkommen auf keinen Fall geschehen, und die europäischen NATO-Partner sollten die USA davor warnen, dies zu versuchen! Die Bemerkung des amerikanischen Delegationsleiters in Genf, Max Kampelman, die Sowjets würden an dem von den USA vorgeschlagenen Verifikationsregeln „schwer zu schlucken“ haben, verheißt in diesem Zusammenhang nichts Gutes.

Die Vor-Ort-Inspektion des Abbaus der Mittelstreckensysteme bedeutet schon einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den bei SALT II vereinbarten Regelungen, in dem nur nationale Mittel zugelassen waren. Durch Vor-Ort-Inspektionen wäre sichergestellt, daß die Raketen tatsächlich verschrottet werden. Die Sowjets scheinen demgegenüber nicht abgeneigt zu sein. Auch sie haben ein Interesse daran, daß die Marschflugkörper und besonders die Pershing II tatsächlich aus Europa verschwinden.

Bleibt das Problem der Verhinderung der Neuproduktion von weitreichenden Mittelstreckenwaffen. Die USA haben hier Inspektionen in den Produktionsstätten vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist aber zu weitreichend, da er der Spionage Tür und Tor öffnet, denn es gibt keine besonderen Produktionsstätten für SS-20 oder Pershing II. Deswegen dürfte es hier für die USA selbst Probleme geben. Es verwundert auch nicht, daß die Sowjets darauf bisher zurückhaltend reagiert haben. Wie inoffiziell verlautete, wären sie aber sogar mit Inspektionen „ab Fabrikator“ einverstanden. Dies wäre ein den Bedürfnissen nach Überwachung voll entsprechender Kompromißvorschlag, der offiziell werden müßte.

Auf der anderen Seite sind die Kompensationsmöglichkeiten, die derzeit in den USA hinsichtlich einer Null-Lösung diskutiert werden, kaum mit den eigenen Verifikationsforderungen vereinbar. So soll die Pershing II in eine Pershing I b mit verringerter Reichweite umgebaut werden, was für die Sowjets kaum überprüfbar wäre, und von Viktor Karpow, dem Leiter der Abteilung für Abrüstungsfragen im sowjetischen Außenministerium, auch prompt zurückgewiesen wurde. Auch die Schiffversion der derzeit landstationierten Marschflugkörper ist kaum von diesen, im Falle einer Null-Lösung abzurüstenden Systemen, zu unterscheiden, gleichwohl wird eine Dislozierung von Marschflugkörpern auf Oberwasserschiffen in den USA in Erwägung gezogen. Schließlich kommt hinzu, daß am letzten Wochenende (28./29.3.1987) in Meldungen davon gesprochen wurde, die USA hätten in Genf vorgeschlagen, auf die Inspektionen in den Produktionsstätten zu verzichten, dafür müßten aber sämtliche SS-20 in Asien vernichtet werden. Daraus kann nur geschlossen werden, daß Vor-Ort-Inspektionen in den Produktionsstätten nicht notwendigerweise Bestandteil einer Vereinbarung sein müssen, denn sonst hätten die USA diesen Vorschlag nicht machen dürfen. Wenn dies aber so ist, dürfte einer Einigung über ein Verifikationsregime bei den INF-Systemen kaum noch ein Hindernis im Wege stehen.

Es kommt jetzt darauf an, daß die Stationierungsländer sich untereinander verständigen, wobei es ganz wichtig ist, daß die Bundesregierung bei ihrer deklarierten Position bleibt, ein separates Mittelstreckenabkommen ohne Wenn und Aber zu wollen und sich dafür einzusetzen. An überzogenen Verifikationsforderungen darf ein solches Abkommen jedenfalls nicht scheitern!

(-/2.4.1987/vo-he/st)

* * *

